

Landkreis  
Donnersbergkreis



Landkreis  
Kaiserslautern



Landkreis  
Kusel



Die Landräte des Donnersbergkreises und Kreise Kusel u. Kaiserslautern

Herrn Ministerpräsident  
Alexander Schweitzer  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

21.10.2024

## **Die Knoten durchschlagen: Ein Masterplan für die Westpfalz**

### **Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Alexander Schweitzer**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Schweitzer,

als Landräte des Donnersbergkreises und der Landkreise Kaiserslautern und Kusel bestärken wir unsere Forderung nach einem Masterplan für die Westpfalz.

Wir freuen uns über Ihre Signale zum verstärkten Austausch und zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Lassen Sie uns das Heft des Handelns gemeinsam in die Hand nehmen und konkrete Maßnahmen in Gang setzen!

Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, die Europawahl im Juni sowie die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen zeigen: Die Demokratie steht unter Druck, wie auch Sie es vor kurzem formuliert haben. Wir sind bereit zu handeln, und wir bekräftigen mit diesem Brief unsere Ideen und Forderungen, um finanzielle, wirtschaftspolitische und infrastrukturelle Knoten zu durchschlagen, die die vergleichsweise strukturschwache Westpfalz in ihrer Entwicklung hemmen.

Die Programme „regional.zukunft.nachhaltig“ und „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen (PEK)“ begrüßen wir. Sie gehen jedoch nicht weit genug und adressieren die Probleme der Kommunen nur in Teilen oder nicht nachhaltig. Wir würden gerne unsere konkreten Ideen unter Berücksichtigung unserer besonderen Situation mit Ihnen erörtern, um gemeinsam zu konkreten Ergebnissen und nachhaltigen Lösungsansätzen zu kommen.

Wir fordern:

## **I. Wirtschaftsförderung: Finanzierung, Förderprogramme und Bürokratieabbau**

- Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene muss finanziell möglich sein. Die Haushalte der Kommunen geben dies in strukturschwachen Regionen nicht her.
- Wir benötigen passende Förderprogramme für Unternehmensansiedlungen, damit unsere Landkreise im Wettbewerb mit anderen Regionen eine Chance bekommen. Erst kürzlich war ein Unternehmen aus Bayern, das auf der Suche nach einem Gelände für eine größere Ansiedlung war, im Kreis Kusel fündig geworden. Weil das Unternehmen an einem anderen Standort Förderung erhielt, kam diese Ansiedlung nicht zustande.
- Bisherige Förderprogramme lassen Kreise oft dann außen vor, wenn die Programme sich an den Arbeitslosenzahlen im Landkreis orientieren. Kreise, deren Arbeitslosenquoten durch Auspendler niedrig sind, werden dadurch benachteiligt. Planungsstrukturen, zum Beispiel für Gewerbegebiete, müssen verschlankt und vereinfacht werden. Bis die Ansiedlung eines Gewerbegebietes geplant und genehmigt ist, gehen aktuell mehrere Jahre ins Land. Hier müssen und können wir gemeinsam zu einer deutlichen Reduzierung kommen.
- Entscheidungen über Fördergeldflüsse müssen die Kommunen flexibel einbinden und müssen bedarfsgerecht möglich sein. Wenn nach lokalen Gewerbegebietsanalysen keine Mittel bereitstehen, den Analysen Taten folgen zu lassen, verpufft lokale Expertise.

## **II. Bessere Finanzausstattung der Kommunen**

- Trotz der beiden o. g. Programme müssen wir feststellen: Kreise und Gemeinden erhalten nach wie vor nicht die erforderliche Mindestfinanzausstattung. Unsere Region und andere Kommunen in Rheinland-Pfalz werden kaputt gespart; die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen können seit Jahren nicht in dem notwendigen Umfang umgesetzt werden. Das zur Verfügung stehende Geld reicht selbst für die Pflichtaufgaben der Kommunen nicht aus. Vor diesem Hintergrund gibt es kaum Möglichkeiten, uns aus eigener Kraft wirtschaftlich voran zu bringen.
- Wir unterstreichen nachdrücklich die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, dass sich das Land an den ungedeckten Ausgaben in den Bereichen Soziales und Jugend mit originären Landesmitteln außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs beteiligt. So nimmt das Land im Doppelhaushalt 2023/24 558(!) Millionen Euro als Zweckzuweisung aus dem Topf des Kommunalen Finanzausgleichs und finanziert daraus den Landeszuschuss für die Kitas, fördert die Kommunen also mit deren eigenem Geld. Die Finanznöte der Kommunen, die aus dem Missverhältnis von Pflichtaufgaben und mangelnder Finanzierung entstehen, machen eine kommunale Wirtschaftsförderung nahezu unmöglich.
- Wir fordern, wie die kommunalen Spitzenverbände, eine vollständige Übernahme der Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden.
- Ein großes Problem in unserer strukturschwachen Region stellt zudem die Rückzahlungsverpflichtung der Restschulden aus dem PEK-Programm dar und erschwert den jährlichen Haushaltsausgleich in Millionenhöhe! Deshalb fordern wir einen „Härteausgleich“ für die Kommunen, die am PEK teilnehmen.

### **III. Probleme der ländlichen Gesundheitsversorgung**

- Die medizinische und pflegerische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen ist ein essenzieller Bestandteil der Daseinsvorsorge. Auch im strukturschwachen ländlichen Raum. Es wird allgemein vorausgesetzt, dass „gleichwertige Lebensverhältnisse“ auch mit einer annähernd gleichwertigen Gesundheitsversorgung und ärztlichen Versorgung einhergehen. Rettungsdienste, primärversorgende Ärztinnen und Ärzte, ambulante Pflegedienste, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und weitere Leistungsanbieter im Gesundheitswesen sollten überall gleichermaßen in vertretbaren Distanzen zugänglich und qualitativ vergleichbar sein.
- Hier haben wir als westpfälzische Landräte schon vor einigen Jahren – schlussendlich gemeinsam mit dem Land - dafür Sorge getragen, dass der Rettungshubschrauber Christoph 66 in der Region stationiert wurde. Weiterhin haben alle sieben westpfälzischen Gebietschefs in einer gemeinsamen Aktion „Ärzte für die Westpfalz“ ins Leben gerufen, mit dem Ziel, durch die Vergabe von Stipendien für ein Medizinstudium im ungarischen Pécs mittelfristig die medizinische Versorgung der Region zu stärken und dem Ärztemangel entgegen zu wirken. Seit kurzem gibt es gemeinsam mit dem Westpfalzkrankenhaus eine Kooperation mit der Semmelweis Universität Budapest. Hier soll mit dem Westpfalzkrankenhaus als Außenstelle der Universität ein Leuchtturmprojekt in unserem Oberzentrum entstehen, welches auch auf die umliegenden Gebietskörperschaften ausstrahlt. Auch hier erwarten wir Unterstützung durch die Landesregierung.

### **IV. Ausbau der digitalen und Erhalt der analogen Infrastruktur**

- Der digitale Infrastrukturausbau bietet im ländlichen Raum ein ungemeines Potential und muss gerade hier weiter massiv vorangetrieben werden.
- Das „Weiße Flecken Programm“, mit dem zahlreiche Gemeinden und Haushalte ohne vorherige Abdeckung nun über zeitgemäße Internetverbindungen verfügen, war richtig und wichtig. Nun muss es weitergehen. Auch graue Flecken ziehen weder Menschen noch Unternehmen an. Der Anschluss an Glasfasernetze und der Gigabit-Ausbau muss auch in strukturschwachen ländlichen Räumen das Ziel sein, um die digitalen Bedürfnisse von Unternehmen, von Start-Ups, von Selbstständigen und von den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Dörfer abzudecken. Auch hier ist Eile geboten. Hier müssen die Genehmigungsverfahren und Bescheidungen durch die beteiligten Bundesbehörden, aber auch durch das Land zügiger vorgehen. Wir sehen nämlich, dass die Kapazitäten der ausbauenden Unternehmen begrenzt sind und deshalb verlängerte Ausbauezeiten unvermeidbar sind. Deshalb darf das öffentliche Genehmigungsverfahren zur Erteilung der Förderbescheide dieses nicht noch zusätzlich in die Länge ziehen.
- Kleine, mittlere und große Unternehmen sowie Pendlerinnen und Pendler benötigen eine angemessene „analoge“ Infrastruktur. Im Straßenbau und im Straßenerhalt kommen wir nicht zuletzt aufgrund des Planungstaus auf Seiten des Landesbetriebs Mobilität (LBM) kaum voran. Trotz klammer Kassen können wir nicht alle zur Verfügung stehenden Gelder im Straßenbau ausgeben, weil Anträge auf Landesebene nicht oder nur sehr zeitverzögert bearbeitet werden. Dies ist ein untragbarer Zustand. Hier muss das Land neben einer angemessenen Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen dringend und zeitnah für eine angemessene Personalausstattung an den neuralgischen Stellen sorgen.

## **V. ÖPNV und Mobilität**

- Wir unterstreichen den Aufruf der kommunalen Spitzenverbände an das Land, den ÖPNV noch stärker als ohnehin vorgesehen zu unterstützen. Anderenfalls wird das bisher erreichte Niveau des ÖPNV-Angebots, insbesondere im ländlichen Raum, kaum aufrechterhalten werden können, geschweige denn ausgebaut werden.
- Zu den Landesmitteln nach § 18 Landesfinanzausgleich (LFAG) ist anzumerken, dass diese der Höhe nach seit dem Jahr 2019 „eingefroren“ sind. Zuvor hatte sich das Land mit einer Erstattungsquote von über 80 Prozent an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligt. Geht man davon aus, dass mehr als 70 Prozent des ÖPNV-Angebots Fahrten zu schulischen Zwecken darstellen, ist hier eine mehr als unzureichende Finanzausstattung zu beklagen. Der Fördertopfdeckel ist bei einem gleichzeitigen Kostenanstieg im ÖPNV gleichgeblieben.

Angesichts der aufgezeigten und vielfältigen Probleme, die unsere strukturschwache Region besonders hart treffen, würden wir uns gerne zeitnah mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch austauschen.

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort und Ihren Terminvorschlägen verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

**Rainer Guth**  
**Landrat Donnersbergkreis**

**Ralf Leßmeister**  
**Landrat Kreis Kaiserslautern**

**Otto Rubly**  
**Landrat Landkreis Kusel**